

Presseinformation, 27.04.2016

Musikzentrum: Günstige Tickets für Menschen mit wenig Geld statt für Ratsmitglieder!

Am Donnerstag, den 28. April entscheidet der Bochumer Rat über die Höhe der Eintrittspreise für das Musikzentrum. Die Linksfraktion beantragt, Extra-Rabatte für Ratsmitglieder und den Leiter des Kulturbüros zu streichen. Stattdessen will sie die günstigen Last-Minute-Tickets auch Menschen mit wenig Geld zugänglich machen.

Nach den Plänen der Verwaltung sollen Ratsmitglieder ermäßigte Eintrittskarten zum Einheitspreis von 10 Euro erwerben können. Gleichzeitig soll jedoch das Angebot für günstige Last-Minute-Karten eingeschränkt werden: Bisher waren die Tickets zum Preis von sechs Euro für alle Menschen unter 30 Jahren zu haben. Ab Eröffnung des Musikzentrums soll das Angebot nur noch für Schüler*innen und Student*innen gelten.

„Es ist kein Geheimnis, dass wir das ganze Bauprojekt kritisch sehen“, sagt der Vorsitzende der Linksfraktion Ralf-D. Lange. „Unabhängig davon ist die Bevorzugung von Ratsmitgliedern bei gleichzeitiger Streichung der Last-Minute-Tickets für Auszubildende und junge Erwerbslose das völlig falsche Signal. Das Musikzentrum darf kein subventionierter Treffpunkt für die oberen Zehntausend und die politische Klasse werden. Auch der Leiter des Kulturbüros sollte eigentlich in der Lage sein, die regulären Preise zu zahlen. Wenn Angestellte der Stadt aus dienstlichen Gründen ein Konzert besuchen, hat die Stadt die entsprechenden Kosten zu tragen. Statt dieser Privilegien schlagen wir in einem ersten Schritt vor, das Last-Minute-Angebot weiterhin allen jungen Menschen sowie zusätzlich altersunabhängig den Inhaber*innen des Bochum-Passes zugänglich zu machen.“

Den Bochum-Pass können Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen aktuell beim Amt für Soziales und Wohnen beantragen. Die Linksfraktion fordert, das Angebot des Passes weiter auszuweiten und im Rahmen kommender Haushaltsberatungen ein festes Kontingent von ermäßigten Eintrittskarten zum Preis von maximal 3 Euro an allen kommunalen und öffentlich bezuschussten Kultureinrichtungen einzuführen.

Den Änderungsantrag der Linksfraktion finden Sie anbei.